

MANFRED WOLF

Operation Swallow. Der Weg von Schlesien nach Westfalen im Jahre 1946

Unter den zahlreichen Darstellungen, die sich mit der Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße beschäftigen, sind zwei Publikationen herauszuheben. Im Auftrag des Vertriebenenministeriums erschien in den 50er Jahren eine fünfbändige Dokumentation. Sie enthielt neben den ergangenen Verordnungen Erlebnisberichte der Betroffenen.¹ Als grundlegend ist ferner das Werk von Bernadetta Nitschke vom Jahre 2003 anzusehen.² Der Wert der Arbeit von Nitschke liegt darin, daß sie die polnischen Quellen einbezieht. Sie glaubte aber, auf die britischen Unterlagen verzichten zu können. Die Akten der britischen Militärregierung in Deutschland, die dem Foreign Office unterstand (Signatur daher: FO und Nummer), werden im Public Record Office in Kew (London) verwahrt. Auf Initiative und unter der Federführung der Archivverwaltung des Landes Niedersachsen, wobei sich die übrigen Archivverwaltungen der ehemaligen britischen Zone, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Hamburg, anschlossen, wurden von deutschen Historikern diese Akten verzeichnet und das Inventar in einem zehnbändigen Werk publiziert.³ Es ist wohl unbestritten, daß diese Quellen eine wertvolle Ergänzung für die Darstellung des Bildes der Vertreibung darstellen. Ergänzt werden sollen sie durch persönliche Erinnerungen, wobei der Erlebnishorizont und die Übersicht eines damals Zwölfjährigen natürlich begrenzt waren und nicht den Anspruch erheben können, allgemeingültig zu sein.

Bei der Wiederherstellung des polnischen Staates nach dem 1. Weltkrieg schlug der britische Außenminister Curzon als Vermittler für die Grenze zwischen Polen und der Sowjetunion am 8. 12. 1919 eine Linie vor, die etwa von der 1922 von Polen besetzten Stadt Wilna nach Brest und von dort entlang des Bugs bis über Krylów quer durch Galizien über Rawa Ruska bis Przemyśl und weiter nach Süden verlief. Die sogenannte Curzon-Linie erlangte aber keine Gültigkeit. Da die polnischen Streitkräfte im Jahre 1920 die bis vor Warschau vorgestoßene Rote Armee im sogenannten Wunder an der Weichsel zurückschlagen konnten, ergab sich für die polnische Regierung eine solch günstige Verhandlungsposition, daß im Frieden von Riga am 18. 3. 1921 die Ostgrenze Polens weit nach Osten mit Einschluß von Ostgalizien und Wolhynien vorgeschoben werden konnte. Sie erreichte aber nicht die Linie, die vor der ersten Teilung Polens 1772

1 Dokumentation der Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus Ost-Mitteleuropa: Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder, Bd. 2, 1954, Nachdruck 1984.

2 Bernadetta Nitschke, Vertreibung und Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen 1945 bis 1949, München 1993.

3 Akten der britischen Militärregierung in Deutschland, Sachinventar 1945-1955. Control Commission for Germany, British Element, hrsg. von Adolf M. Birke, Hans Booms, Otto Merker unter Mitwirkung vom Deutschen Historischen Institut London und dem Niedersächsischen Hauptstaatsarchiv Hannover, bearb. von Almut Bues, Ulrike Jordan, Angela Kaiser-Lahme, Eva. A. Mayring, Christiane Rodman, Rainer Schulze, Wolfram Werner; Leitung der elektronischen Datenverarbeitung: Manfred Boetticher; K.G. Saur-Verlag München / New Providence / London / Paris 1993.

Polens Ostgrenze gebildet hatte. Immerhin lebten nun im polnischen Staat sechs Millionen Ukrainer und zwei Millionen Weißruthenen. Die Polen waren in ihren Ostgebieten teilweise in der Minderheit, die allerdings die Führungspositionen innehatte.

Es war zu erwarten, daß eines der Kriegsziele Stalins bzw. der Sowjetunion im 2. Weltkrieg die Revision der für sie ungünstigen Grenzziehung darstellte. Auf der Konferenz der „Großen Drei“, Roosevelt, Stalin und Churchill, zu Teheran vom 28. November bis 1. Dezember 1943 meldete Stalin seine Ansprüche an. Die neue sowjetisch-polnische Grenze sollte die alte Curzon-Linie werden. Dabei wurde Polen das Gebiet um Białystock zum Ausgleich für das von der Sowjetunion beanspruchte nördliche Ostpreußen um Königsberg zugestanden. Die Oder sollte die neue Westgrenze Polens bilden. Der polnischen Exilregierung in London waren diese Absichten der Sowjetunion natürlich bekannt. Wenn es jedem klar sein mußte, daß die Verluste an polnischem Staatsgebiet im Osten nicht zu verhindern waren, so sollte wenigstens eine Entschädigung an der Westgrenze Polens gewährt werden. Neuland beschritt man dabei nicht. Schon nach dem 1. Weltkrieg war ja – ohne eine Ausweisung der deutschen Bevölkerung – von gewissen Kräften eine Erweiterung des polnischen Staatsgebiets mit der Zielrichtung auf Oberschlesien und Ostpreußen geplant. Die Exilregierung in London unter Sikorski bzw. Stanislaus Mikołajczyk bereitete sich auf die kommenden Verhandlungen vor, indem sie schon im Jahre 1942 durch den ehemaligen Posener Professor Zygmunt Wojciechowski eine Studie über die polnischen Kriegsziele erarbeiten ließ. Bedenken gegen den Vorwurf, man betreibe ungerechtfertigte Annexionen, wurde mit der Feststellung, daß das Völkerrecht schon im Herbst 1939 von den Deutschen selber gebrochen worden sei, begegnet. Vorgesehen und notwendig sei ein Transfer der deutschen Bevölkerung. Der Verfasser ging von der Vorstellung aus, daß es sich dabei eher um einen Austausch der Bevölkerung handeln sollte, indem er an einen Ausgleich durch die Rückkehr der in West- und Mitteldeutschland lebenden polnischen Arbeiter nach Polen dachte. Teile der deutschen Bevölkerung sollten bleiben dürfen und polonisiert werden.⁴

In dem Manifest der Kommunistischen Partei Polens vom 22. Juli 1944 wurde als Westgrenze Polens die Oder-Neiße-Linie gefordert. Auf der Konferenz in Jalta vom 4. bis 11. Februar 1945 betrachteten Amerikaner und Briten eine Gebietsausweitung Polens nach Westen durchaus als notwendig. Sie suchten diese aber auf Ostpreußen, Danzig und die polnisch besiedelten Gebiete von Oberschlesien zu beschränken.⁵ Sie konnten sich jedoch gegenüber Stalin nicht durchsetzen. So wurde die weite Verschiebung Polens nach Westen in Aussicht genommen.

Die endgültige Entscheidung fiel auf der Konferenz zu Potsdam vom 17. Juli bis 2. August 1945. Nicht in einem Vertrag, sondern in einem Kommuniqué wurde festgelegt, daß die ehemaligen deutschen Ostgebiete jenseits der Oder und Lausitzer Neiße aus der sowjetischen Besatzungszone ausgegliedert und unter polnische Verwaltung gestellt werden sollten. Die endgültige Festlegung der Westgrenze sollte in einem Friedensvertrag mit Deutschland erfolgen.

4 Nitschke, Vertreibung (wie Anm. 2) S. 62.

5 Desgl. S. 56.

Auf Plänen fußend, die bereits nach dem 1. Weltkrieg erwogen worden waren, entwickelte schon 1939 Edvard Beneš als Leiter der in London eingerichteten tschecho-slowakischen Exilregierung gewissermaßen bahnbrechend den Plan einer Ausweisung der Deutschen aus ihrer Heimat. Hubert Ripka, der Außenminister der Exilregierung, meldete seine Forderungen nach einer Vertreibung der Sudetendeutschen bis auf einen Rest von 800 000 in einem Memorandum vom 23. 11. 1944 bei der britischen Regierung an. Die Zwangsaussiedlung sei der einzige Weg zur Lösung der Nationalitätenfrage. Tschechen, Slowaken und Sudeutsche könnten nicht in einem Staat leben.⁶

Die polnische Seite, die ja die Ausweisung ihrer Landsleute aus den an die Sowjetunion gefallen Gebieten hinnehmen mußte, sah die Zwangsaussiedlung der Deutschen als unausweichlich an. Ein übervölkertes Land bot ja keine ökonomische Perspektive. Man suchte die Inbesitznahme des Oder-Neiße-Gebiets in zahlreichen Publikationen, bei denen sich auch manche sogenannte Historiker beteiligten, als Wiedergewinnung des alten slawischen Siedlungslandes zu rechtfertigen. Vor allem wurde auf das von den Deutschen selber gegebene Beispiel hingewiesen. Zur Vertreibung der Deutschen hieß es in einem Artikel eines polnischen Magazins vom 21. März 1946:⁷ Die Deutschen genossen bessere Bedingungen als die polnischen Landsleute bei den Vertreibungen während des Krieges. Den Polen genüge die Konsolidierung des polnischen Charakters in den eigenen befreiten polnischen Provinzen. „*We are fed up with the Germans, let them go.* Wir wollen allein sein.“ Wenn es hinsichtlich der Vertreibung der Deutschen seitens der Sowjetunion keine Probleme gab, so war für die Zwangsumsiedlungen allerdings nicht allein der polnische Wille ausschlaggebend. Entscheidend war die Bereitschaft der Briten, die deutsche Bevölkerung aufzunehmen.

Auf der Potsdamer Konferenz sah Churchill die Notwendigkeit einer territorialen Kompensation für Polen zwar durchaus ein, war aber zunächst gegen eine Umsiedlung der gesamten deutschen Bevölkerung. Er fürchtete eine zu starke Belastung Rumpfdeutschlands und wollte daher nur soviel Zwangsausgesiedelte aufnehmen, wie an polnischen Neusiedlern aus dem an die Sowjetunion gefallen Gebiet nach Neupolen kommen würden. Das seien etwa zwei bis drei Millionen. Er erklärte am 22. Juli 1945, er habe gegen die Umsiedlung von acht bis neun Millionen Deutscher moralische Bedenken. Das ziehe zu viele Menschen in Mitleidenschaft und sei ein Unrecht.⁸ Bekannt ist die Antwort Stalins, es gebe in den fraglichen Gebieten keine Deutschen mehr in nennenswertem Umfang; die meisten seien geflohen. Ihm pflichtete der Präsident des polnischen Nationalrats Edvard Bierut bei, der die polnische Delegation leitete, die zur Potsdamer Konferenz als Beobachter eingeladen war. Diese Aussagen trafen allenfalls auf Ostpreußen zu. Die Briten verzichteten jedoch darauf, sich in dieser Frage mit den Sowjets auf eine Diskussion einzulassen. Stalin setzte sich durch. Der Artikel XIII des Kommuniqués sah also die Überführung der deutschen Bevölkerung, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben war, in die deutschen Gebiete vor. Polen stand hier bereits wie selbstverständlich für die ehemaligen deutschen Ostgebiete. Die Briten erreichten lediglich das Zugeständ-

6 Desgl. S. 54.

7 Wiedergegeben in PRO (Public Record Office London), FO (Foreign Office) 1052 Nr. 470.

8 Nitschke, Vertreibung S. 62-64.

nis, daß der Passus aufgenommen wurde, die Umsiedlungen seien „in ordnungsgemäßer und humaner Weise“ durchzuführen.

Die Polen betrachteten die Formel, daß die deutschen Ostgebiete nur unter polnische Verwaltung gestellt waren, in all ihren Maßnahmen lediglich als leere Floskel, die man ignorieren konnte. Obwohl die sowjetische Besatzung in Neupolen noch überall mit großer Truppenstärke und Ortskommandanturen vertreten war, wollte die neu aufgestellte polnische Armee natürlich bereits vor der Potsdamer Konferenz dort präsent sein. Für die deutsche Bevölkerung hatte es den Anschein, daß bei der Aufgabenteilung der Miliz in erster Linie die Grenzwehr unter Ausschluß der Grenzübergänge zugewiesen war. Dabei richtete man auch auf die Grenze zur Tschechoslowakei ein besonderes Augenmerk.

Von diesen Grenztruppen wurden in einer ersten Phase – wie es schien, nicht sehr koordiniert – schon vor der Potsdamer Konferenz Zwangsumsiedlungen durchgeführt. Die Deutschen vermuteten, daß man die Westalliierten vor vollendete Tatsachen stellen wollte.⁹ Die Vertreibungen begannen bereits im April 1945 und erreichten im Juni-Juli 1945 ihren Höhepunkt. Vorwiegend in den Kreisen unmittelbar rechts der Oder-Neiße wurde die deutsche Bevölkerung zu Fuß zur Grenze getrieben. Aus einigen Kreisen wie Reichenbach/Dzierżoniów, Frankenstein/Ząbkowice und Neiße/Nysa¹⁰ wurden auch Transporte mit der Eisenbahn durchgeführt. Die Vertreibungen der ersten Hälfte des Jahres 1945 stehen in besonderem Maße im Zeichen der Übergriffe. Die Grenzkommandantur zu Wünschelburg/Radków verkündete am 25. Juni 1945 folgenden Befehl: „Damit die deutsche Bevölkerung wieder ruhig in ihrem Lande leben kann, ist durch die erfolgte Eingliederung der Westgebiete zu Polen eine Zwangsevakuierung für die gesamte deutsche Bevölkerung aus den Grenzgebieten angeordnet worden.“ Die Betroffenen hätten sich an den Sammelorten Mittelsteine/Ścinawka Średnia und Reichenbach/Dzierżoniów einzufinden und sich von dort nach Görlitz zu begeben. In gleicher Weise erging am 29. Juni 1945 ein Befehl des Bevollmächtigten der polnischen Regierung für den Bezirk XXIV in Glatz/Kłodzka und der dortigen Kommandantur des polnischen Heeres: Laut Anordnung der Regierung der Republik Polen habe die gesamte deutsche Bevölkerung das polnische Staatsgebiet zu verlassen. Alle Personen, die dieser Aufforderung nicht nachkämen, würden mit Gewalt entfernt. Vom Verlassen des Gebiets seien nur die Personen befreit, die im Besitz einer Bescheinigung des Bevollmächtigten der polnischen Regierung seien.

Gegen diese Form der Vertreibungen gab es Proteste in den westlichen Ländern, z. B. in Großbritannien und den USA. Sehr viel wirksamer waren die Hindernisse, die die Rote Armee dem Vorgehen der polnischen Grenzwehr in den Weg legte. Man war nicht bereit, in der sowjetischen Zone eine größere Anzahl von Menschen aufzunehmen, bereitete doch schon die Unterbringung und vor allem die Versorgung der einheimischen Bevölkerung mit Lebensmitteln genügend Probleme. So durften die Ausgewiesenen vielfach die Grenze nicht passieren.¹¹ Ein von Dürr-Arnsdorf/Drogosław im Kreis Neiße im Januar 1946 ankommender Transport wurde von den Russen abgewiesen und nach Neiße

⁹ Desgl. S. 171.

¹⁰ Zu den Vertreibungen aus dem Kreise Neiße s. Dokumentation der Vertreibung Bd. 2, S. 781.

¹¹ Nitschke, Vertreibung (wie Anm. 2) S. 180f.

zurückgeschickt.¹² Häufig verhinderten auch die sowjetischen Ortskommandanten die Vertreibung. Da die polnischen Neusiedler noch nicht in genügender Anzahl eingetroffen waren, brauchte man die deutsche Bevölkerung für die Arbeit in den Fabriken wie zum Einbringen der anstehenden Ernte. So wurden bis auf Ausnahmen die Militäraussiedlungen spätestens Anfang August 1945 eingestellt. Viele der Ausgewiesenen riskierten es, in die Nähe ihrer früheren Wohnorte oder in diese selbst zurückzukehren. Ihre Wohnungen fanden sie zwar ausgeplündert bzw. in ruinösen Zustand vor. Nur einige Monate war ihnen der Verbleib noch in der Heimat vergönnt.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1945 betrieb die polnische Zivilverwaltung in einer zweiten Phase „freiwillige Umsiedlungen“. Viele Deutsche, vor allem in den größeren Städten, sahen ihre Lage als so unerträglich an, daß sie sich bereit erklärten, das Land zu verlassen. Zunächst war daran gedacht, daß sie den Weg bis zur Grenze in Marschkolonnen zu Fuß zurücklegen sollten.¹³ Man griff dann auf Lastwagen zurück und stellte schließlich Züge zur Verfügung. Insgesamt kamen 1945 in 25 Transporten 105 000 Deutsche aus Niederschlesien in die sowjetische Zone und wurden meist nach Mecklenburg geleitet, bis sich im Dezember die Sowjets weigerten, weitere Zwangsausgesiedelte aufzunehmen.¹⁴

Ende Juli 1945 zogen sich die sowjetischen Truppen als Folge der Potsdamer Konferenz weitgehend aus den ländlichen Gebieten Schlesiens zurück. Sie blieben aber in Schlesien konzentriert im Raum zwischen Schweidnitz/Swidnica und Liegnitz/Legnica. Sie waren stationiert in einem Sperrgebiet, das auch für Polen nicht zugänglich war. Ein Aufatmen der deutschen Bevölkerung war aber verfrüht. Nur wenige Tage blieb sie relativ unbehelligt. In den ersten Augusttagen des Jahres 1945 trafen die ersten Transporte der polnischen Neusiedler ein, da die Sowjetunion unmittelbar nach Beendigung der Potsdamer Konferenz ohne große Vorbereitungen mit den Zwangsausiedlungen im früheren Ostpolen begann. Wie aus späteren Erzählungen der Betroffenen zu erfahren war, hatten die polnischen Zwangsausgesiedelten auf ihren Transporten noch größere Unannehmlichkeiten zu erleiden als ein halbes Jahr später die deutschen Vertriebenen. Die Fahrt dauerte bei ihnen für eine etwa gleiche Strecke nicht acht, sondern 14 Tage. Bei ihnen wurden die Züge nicht nur für Stunden auf einem Nebengleis abgestellt, sondern oft einen oder zwei Tage. Insgesamt war die Organisation nur wenige Monate nach Kriegsende bei ihnen wesentlich chaotischer. Da es sich überwiegend um eine bäuerliche Bevölkerung handelte, wurde diese größtenteils auf die Dörfer verteilt. Jeder Familie wurde ein Hof zugewiesen, wobei in der Regel ein Angehöriger der örtlichen Miliz sie bei der Inbesitznahme des Hofes bzw. der beanspruchten Räume begleitete.

Zu den Mahlzeiten mußten sie gerufen werden, und man aß dann an einem Tisch mit den deutschen Hausbewohnern. An den Arbeiten im Haus und auf dem Feld beteiligten sie sich im allgemeinen nicht. Nur dort, wo das Verhältnis gespannter war, übernahmen sie das Buttern und nahmen die gewonnene Butter in ihre Verfügungsgewalt. Allgemein verbreitet war, daß sie sich beim Dreschen wie zufällig einstellten, um die angefallenen Säcke zu zählen.

12 Dokumentation der Vertreibung (wie Anm. 1) Bd. 2, S. 785.

13 *Nitschke*, Vertreibung (wie Anm. 2) S. 187.

14 Desgl. S. 187 bzw. 197ff.

Den Neusiedlern hatte man zweifellos gesagt, daß sie die neuen Besitzer der Höfe seien. Für den deutschen Hofinhaber war es angeraten, dies zu respektieren. Wenn er gedurft hätte, hätte er seine ungebetenen Gäste in wenigen Minuten aus dem Haus gejagt. Auf der polnischen Seite war es den Neusiedlern durchaus bewußt, daß sie nun die Herren waren. Sie brachten aber – in den Städten konnte es in Einzelfällen anders sein – wider Erwarten keinen Haß mit sich. Abgesehen von gelegentlichen Plünderungen und Gewalttätigkeiten einzelner blieben systematische Racheakte aus.¹⁵ So entwickelte sich auf den Höfen verständlicherweise keine Herzlichkeit, trotz der Sprachbarrieren und der gegenseitigen Vorbehalte aber ein gewisser *modus vivendi*.¹⁶

Die ernannten polnischen Bürgermeister besaßen nur geringe Befugnisse und genossen bei Polen wie Deutschen nur eine geringe Autorität. Erster Repräsentant der Regierung und Ansprechpartner war die örtliche Kommandantur der Miliz.¹⁷ Dabei war es für die Deutschen schwer, zwischen Armee und Polizei zu unterscheiden. Alles, was eine Uniform trug, war Miliz.

Ein besonderes Phänomen der zweiten Hälfte des Jahres 1945 und der Zeit bis zur Zwangsevakuiierung war das totale Fehlen von Nachrichten darüber, was in der Welt oder im Lande vor sich ging. Die Radios mußten ja beim Einmarsch der Roten Armee abgeliefert werden. Deutsche Zeitungen gab es natürlich nicht. Auch polnische Zeitungen erschienen zwar in den Städten, gelangten aber kaum auf die Dörfer. Um so mehr war das Feld für Gerüchte bestellt. Diese bezogen sich merkwürdigerweise nicht auf eine drohende Vertreibung, sondern unrealistisch auf einen baldigen Wiederabzug der Polen. Termine wurden benannt, zu denen die Polen wieder abziehen sollten. Solchen Gerüchten wurde zwar kaum geglaubt. Andererseits knüpften sich an sie viele Hoffnungen. Wenn ein solcher Termin verstrich, ohne daß das angekündigte Ereignis eingetreten war, wurde eiligst, wie bei den Chiliasten, ein neues Datum in Aussicht gestellt. Als im März 1946 in einer Entfernung von etwa 25 bis 30 km die ersten Zwangsevakuiierungen durchgeführt wurden, drang die Kunde davon nicht einmal in die unmittelbare Nachbarschaft. Das hing u. a. damit zusammen, daß in dieser Zeit die Mobilität der deutschen Bewohner im ländlichen Bereich kaum über den Bereich des eigenen Dorfes hinausging.

Frankreich weigerte sich generell, Vertriebene in der französischen Besatzungszone unterzubringen. Die Sowjetunion lehnte es ebenfalls ab, Zwangsevakuierte in die sowjetische Besatzungszone zu übernehmen, und änderte erst im Juli 1946 ihre Haltung. Die amerikanische Besatzungszone kam nicht in Betracht, da die USA sich mit der Aufnahme der Sudetendeutschen ausgelastet fühlten. Damit hing die Durchführung der Vertreibung der Deutschen aus Pommern, der Neumark und aus Schlesien allein von der Bereitschaft der Briten ab.

Die ersten bilateralen Verhandlungen zwischen Briten und Polen über die dritte und wesentliche letzte Phase der Vertreibung begannen am 15. 11. 1945 im Rahmen des Alliierten Kontrollrats in Berlin. Zur technischen Durchführung

15 Vgl. *Nitschke*, Vertreibung (wie Anm. 2) S. 109.

16 Bei den Besuchen in der alten Heimat seit den 70er Jahren wurden die Deutschen nur in wenigen Fällen schroff abgewiesen. In den meisten Fällen wurden sie freundlich begrüßt und ins Haus gebeten.

17 *Nitschke*, Vertreibung (wie Anm. 2) S. 91.

der Zwangsaussiedlungen begab sich dann am 19. Dezember 1945 der Brigadegeneral A. G. Kenchington¹⁸ nach Warschau. Er wurde unterstützt von dem Botschaftsrat Hankey von der Britischen Botschaft in Warschau.¹⁹ Das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung hatte mit Dekret vom 7. Oktober 1944 ein Staatliches Repatriierungsamt eingerichtet. Es war zuständig für die Überführung der aus Ostpolen vertriebenen Polen zur Ansiedlung in den wiedergewonnenen Gebieten. Unterstellt war es zunächst dem Minister für Öffentliche Verwaltung. Durch Dekret vom 13. November 1945 wurde es nach Artikel 3 in das Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete²⁰ eingegliedert. Der Sonderbeauftragte für die Repatriierung wurde auf Wojewodschaftsebene jeweils durch einen Inspektor für die Repatriierung der Deutschen vertreten.²¹ In Warschau wurden die Verhandlungen mit den Briten auf polnischer Seite durch den Sonderbeauftragten M. Wolski geführt. Ihm stand der Oberst Bibrowski von der polnischen Militärmission in Berlin zur Seite. Da die Transporte durch die sowjetische Zone geleitet werden mußten, nahmen von russischer Seite der General Zavoronkow und der Oberst Maslennikow an den Besprechungen teil.

Wie die Bezeichnung „Repatriierungsamt“ zeigt, verwendeten die Polen für den Transfer ihrer Landsleute aus den an die Sowjetunion gefallen Gebieten in ihre neuen Westprovinzen einen Begriff, der für die Betroffenen wie Hohn klingen mußte. Erst recht galt dies für die Vertreibung der Deutschen aus ihrer Heimat. In den für die Deutschen bestimmten Texten benutzten die Polen das aus dem Englischen rückübersetzte Wort „Repatriation“.²² Diese Vokabel erscheint in den Akten der britischen Militärregierung in Deutschland, soweit man dies überblicken kann, nur im Zusammenhang mit der Rückführung von Deutschen aus den USA in die britische Zone,²³ von Deutschen aus Dänemark²⁴ bzw. von britischen Staatsangehörigen durch das ACA Combined Repatriation Executive²⁵. Wie auch bei Deutschen vielfach üblich, subsumierten sie häufig die Vertriebenen unter dem Oberbegriff „Flüchtlinge“ (*Refugees*).²⁶ Im allgemeinen sprachen sie aber sachgerecht von Vertreibung und Vertriebenen (*expulsion of the German population* sowie *expellees*)²⁷ und eher inoffiziell und salopp von den *Swallows*²⁸.

Für die Briten lief der Transport der Vertriebenen in die britische Zone nämlich unter dem Stichwort *Operation Swallow* (Schwalbe). Neben dieser Operation standen andere: *Honeybee* (Honigbiene), die Rückführung von entlassenen deutschen Kriegsgefangenen in die jeweils andere Zone bzw. Unterbringung in der britischen Zone; *Wasp* (Wespe), Übergang von Flüchtlingen aus der briti-

18 Bei *Nitschke* als Kendington.

19 PRO, FO 1052 Nr. 470.

20 Dokumentation der Vertreibung (wie Anm. 1) Bd. 3, S. 91 bzw. 95.

21 *Nitschke*, Vertreibung (wie Anm. 2) S. 207.

22 Dokumentation der Vertreibung (wie Anm. 1) Bd. 2, S. 818.

23 PRO, FO 1052, Nr. 22.

24 PRO, FO 1052 Nr. 40.

25 PRO, FO 1052 Nr. 474.

26 z. B. FO 1052 Nr. 22, 471 und 323.

27 PRO, FO 1052 Nr. 470.

28 Desgl.

schen in die amerikanische Zone; *Pigeon* (Taube), die Überführung von Flüchtlingen aus Dänemark; *Caravan*, Transport von Flüchtlingen und Vertriebenen aus der sowjetischen Zone, und *Eagle* (Adler), die Rückführung polnischer Fremdarbeiter aus Deutschland nach Polen.

Die polnische Seite war darauf eingestellt, daß noch im Dezember 1945, wie in Berlin vereinbart, 10 % der deutschen Bevölkerung zwangsausgesiedelt werden konnte. An diese Vereinbarung fühlte sich Kenchington nicht gebunden, da er die Transporte und die Aufnahme der Vertriebenen in der britischen Zone zu diesem Zeitpunkt noch nicht für durchführbar hielt. Die Transporte könnten frühestens im späten Frühjahr beginnen. Schließlich machte er doch Zugeständnisse, und man einigte sich auf den 20./28. Februar 1946 als Datum für den Beginn der Aktion. Als man im Januar 1946 die Transportfragen erörterte, konnten die Briten nicht erreichen, daß die Vertriebenen in Personenwagen transportiert werden sollten, denn die Russen hätten sich in den ersten Tagen der Besatzung den besten Stock des Wagenparks angeeignet. Den Vorschlag der Russen, die Briten sollten für den Transport Lokomotiven und Waggons zur Verfügung stellen, lehnte Kenchington entschieden ab. Die Briten hätten sich bereit erklärt, die Vertriebenen aufzunehmen, nicht aber, sie zu holen.²⁹ Der Transport in Viehwaggons wird allgemein von den Betroffenen als entwürdigend dargestellt. Für eine mehrtägige Reise hatte er jedoch, besonders für Kinder, auch eine nützliche Seite, fanden sie doch bessere Möglichkeiten zum Schlafen als in Personenwaggons mit ihren wenig Platz bietenden Holzbänken.

Die getroffenen Vereinbarungen sollten bei einem Treffen in Bünde, dem Sitz der sowjetischen Militärmission in der britischen Zone, bestätigt werden.³⁰ Schließlich unterzeichneten die Briten am 14. Februar 1946 ein Abkommen, wonach aus Niederschlesien täglich 4000 Personen zwangsausgesiedelt werden sollten. Für den Beginn der Aktion wurde der 20. Februar 1946 bestimmt,³¹ tatsächlich war es dann der 28. Februar.

Am 17. März 1946, einem Sonntag, konnten an vielen Orten Schlesiens die Dorfbewohner beim Kirchgang am Tor des Kirchhofs bzw. am Anschlagbrett der Kirche ein auf rotes Papier gedrucktes Plakat sehen und folgenden Text lesen: *Aufgrund des Beschlusses der interalliierten Kontrollkommission wird in den nächsten Tagen mit der Repatriation der deutschen Bevölkerung nach der englischen Okkupationszone begonnen. Die Transporte werden mit der polnischen Eisenbahn direkt zur englischen Okkupationszone geleitet. Damit der Transport der deutschen Bevölkerung reibungslos und bequem vorgenommen werden kann, werden Sammelpunkte eingerichtet, um von diesen aus dann die Einwaggonierung vornehmen zu können.*³² Mitgenommen werden durfte außer der getragenen Kleidung soviel an Gepäck, wie jeder tragen konnte. Erlaubt war die Mitnahme von Schmuck und von Wertgegenständen normalen eigenen Bedarfs, von Urkunden und persönlichen Dokumenten sowie von deutschem Geld. Von der Mitnahme ausgeschlossen waren dagegen andere Valuten, Wertpapiere und Kunstgegenstände. Verpflegung für vier Tage sollte mitgebracht werden. Die

29 Desgl.

30 PRO, FO 1058 Nr. 478.

31 Nitschke, Vertreibung (wie Anm. 2) S. 206.

32 Der Wortlaut abgedruckt in Dokumentation der Vertreibung (wie Anm. 1) Bd. 2, S. 818.

polnische Bevölkerung wurde gewarnt, das zugelassene Ausreisegut abzunehmen. Ebenso wurde die deutsche Bevölkerung aufgefordert, im eigenen Interesse während der „Repatriation“ stets Ruhe und Ordnung zu bewahren. Die in Breslau/Wrocław ergangene Bekanntmachung trug das Datum vom 7. Februar 1946. Es lag also vor der britisch-polnischen Vereinbarung vom 14. Februar. Der Vollzug dieser Ankündigung erfolgte teilweise innerhalb von 24 Stunden; an anderen Orten ließ nach der Ankündigung durch das Plakat der Abtransport der Deutschen noch ein halbes Jahr auf sich warten.

Die deutsche Bevölkerung war in vier Kategorien eingeteilt worden. Von der Ausweisung befreit sein sollten diejenigen, die verwandtschaftliche Bindungen zum polnischen Volk nachweisen konnten. Für eine gewisse Zeit zurückgestellt wurden bei der Zwangsaussiedlung diejenigen Deutschen, die als Facharbeiter zur Wiederaufnahme oder Aufrechterhaltung der Produktion benötigt wurden. Das betraf vorwiegend die industriell ausgerichteten Gebiete. Im ländlichen Bereich galt die Masse der Bevölkerung als unproduktiv.³³

Für den Transport der Vertriebenen wurden vier Routen vereinbart, an die man sich strikt hielt. Als Route A war die Fahrt per Schiff von Stettin aus vorgesehen. Empfangslager in der britischen Zone war Bad Segeberg. Dieser Weg erwies sich schnell als zu kompliziert. Für die Route B, die Nordroute, war als Sammelpunkt ebenfalls Stettin bestimmt. Mit der Eisenbahn sollten die Züge über Pasewalk, Neubrandenburg, Teterow, Güstrow, Lüdersdorf zum Empfangslager Lübeck-Pöppendorf geleitet werden. Für die Vertriebenen aus Schlesien, speziell aus Niederschlesien, führte der Weg über Liegnitz/Legnica, Bunzlau/Bolesławice nach Kohlfurt/Kalawsk/später Węgliniec.³⁴ Den Bahnhof dieses an sich unbedeutenden Dorfes rechts der Neiße, etwa 20 km östlich von Görlitz, in dem allerdings einige Bahnlinien zusammenliefen, passierten alle Züge der C-Route. Hier wurden die Transporte offiziell von den Briten übernommen, wobei allerdings die jeweilige polnische Bewachungsmannschaft, bestehend aus einem Offizier und zehn Mann, bis zum Erreichen der britischen Zone im Zug verblieb.

Zur Übernahme hatte die britische Militärregierung ein Kommando von drei Offizieren und 30 Mann entsandt. Dazu gehörte ein medizinischer Stab und je ein Deutsch und Polnisch sprechender Dolmetscher.³⁵ Die Oberaufsicht bei der Übernahme lag in den Händen des Colonel Carroll. Stationiert war das Kommando aber nicht in Kohlfurt/Kalawsk, sondern in dem auf der linken Seite der Neiße nördlich von Görlitz gelegenen Bahnknotenpunkt Horka/Wehrkirch.³⁶ Das dorthin entsandte Kommando vergaß auch nicht, den Union Jack mitzunehmen. Die Zusammenarbeit zwischen Briten und Polen verlief in freundlichem Rahmen.³⁷ Vorgesehen war auch die Einrichtung einer D-Linie mit dem Empfangslager Friedland. Dieses blieb aber zunächst für die Aufnahme von Vertriebenen gesperrt und reserviert für die *Operation Honeybee*, die Rückführung ent-

33 PRO, FO 1052 Nr. 323.

34 Der Ort trug 1946 den polnischen Namen Kalawsk, wurde später umbenannt in Węgliniec.

35 PRO, FO 1058 Nr. 478.

36 Der Ort hieß bis 1937 Horka. Da der Name allzu slawisch klang, wurde er in Wehrkirch umbenannt, erhielt aber 1948 seinen alten Namen zurück.

37 PRO, FO 1052 Nr. 474.

lassener ehemaliger Wehrmachtsangehöriger, hier aus der sowjetischen in die britische Zone.

Die Briten waren sehr bemüht, das Verfahren in Kohlfurt/Kalawsk zu beschleunigen. Nach einem Bericht vom 30. 4. 1946 sollten täglich 1000 Vertriebene über See transportiert werden. Auf der B-Route erreichten täglich zwei Züge das Ziel in Lübeck. Nach den Planungen war auf der C-Route für Kohlfurt die Abfertigung von täglich vier Zügen vorgesehen. Tatsächlich passierten diesen Ort jedoch ebenfalls nur zwei Züge am Tag mit je um 1750 Personen. Man wollte sich aber bemühen, einen dritten Zug zu organisieren.³⁸ Die Route von Kohlfurt durch die sowjetische Zone, von der nie abgewichen wurde, verlief über Horka/Wehrkirch, Hoyerswerda, Ruhland, Elsterwerda, Falkenberg, Wittenberg, Roßlau und Magdeburg nach Mariental nördlich von Helmstedt.³⁹ Da dieses Aufanglager nur eine Aufnahmekapazität von 3500 Personen hatte, war ihm ein Lager in Alversdorf südlich von Helmstedt⁴⁰ beigesellt.

Während der Fahrt durch die sowjetische Zone bot das Deutsche Rote Kreuz auf ein oder zwei Stationen Kaffee – natürlich keinen Bohnenkaffee – an. Die Vertriebenen erhielten jedoch kein Wasser. Die Briten meinten, dies sei für den Augenblick nicht gefährlich, hatten aber Bedenken für die heiße Jahreszeit.⁴¹ Die Amerikaner nahmen von der *Operation Swallow* nur insoweit Notiz, als sie am 19. März 1946 verlauten ließen, Flüchtlingszüge hätten auf der Fahrt keinen Vorrang vor US-Versorgungszügen.⁴²

Erst jetzt, fast ein Jahr nach Kriegsende, wurden die polnischen Zwangsarbeiter zurückgeführt. Im März 1946 wurde zwischen Kenchington und dem Oberst Bibrowski von der polnischen Militärmission in Berlin vereinbart, daß für die Dauer von zwei Monaten täglich 4000 Polen zurückgeführt werden sollten. Bibrowski beschwerte sich darüber, daß viele Polen keine Neigung zeigten, in ihre Heimat heimzukehren. Das größte Hindernis bei der Rückführung seien die polnischen Londoner Offiziere, die sich in großer Zahl in der britischen Zone aufhielten. Kenchington versprach, deren Organisation aufzulösen.⁴³

Die Briten nahmen die Vereinbarung der Potsdamer Konferenz, daß die Transporte in humaner Weise durchgeführt werden sollten, durchaus ernst und fühlten sich dafür verantwortlich. Bei der Ankunft der Züge in der britischen Zone wurden die Vertriebenen regelmäßig nach Übergriffen auf der Fahrt befragt. Wenn sich die Briten aber wegen der Zwischenfälle bei sowjetischen Offizieren beschwerten, dann lautete die Standardantwort, sie bedauerten die Vorfälle, es sei aber nicht möglich, die Übeltäter zu ermitteln; wenn diese benannt werden könnten, würden sie selbstverständlich bestraft. Wie ein polnischer Leutnant, Zugführer für den Zug Nr. 44, der Glatz/Kłodzko am 18. März 1946 verlassen hatte, aussagte, hatte der russische Kommandant an der Grenze von Marienborn, als er die im Zug mitgeführten Listen der Zuginsassen kontrollierte, beanstandet, daß sich im Zug 230 Personen mehr befanden, als in Kohlfurt/Ka-

38 PRO, FO 1052 Nr. 323.

39 PRO, FO 1058 Nr. 478.

40 Später wegen des Braunkohlenabbaus überbaggert und von der Landkarte verschwunden.

41 PRO, FO 1052 Nr. 470.

42 PRO, FO 1058 Nr. 478.

43 PRO, FO 1052, Nr. 323.

lawsk notiert worden war. Viele Einwohner der sowjetischen Zone stiegen nämlich bei den Aufenthalten der Vertriebenenzüge auf den Bahnhöfen zu, um auf diese Weise ohne größere Schwierigkeiten die sowjetische in Richtung britische Zone zu verlassen. Erst nach langen Verhandlungen gab der Kommandant die Weiterfahrt frei.⁴⁴ Andererseits verlangte am 18. Juni 1946 der russische Kommandant in Magdeburg die Mitnahme von 101 Personen, die angeblich von früheren Transporten zurückgeblieben waren. Hier war es der polnische Zugführer, Leutnant Skoracki, der sich erst nach vierstündigem Aufenthalt zur Aufnahme bereit fand.⁴⁵

Die Briten waren sehr darauf bedacht, auch auf Übergriffe der polnischen Seite hinzuweisen. Als Einzelfall registrierten sie, daß die Bewachung von Zug Nr. 54 beschuldigt wurde, eine Frau belästigt zu haben. Außerdem hätten die Bewacher 15 % der für die Vertriebenen bestimmten Rationen an sich genommen.⁴⁶ Insgesamt wiesen die ersten Transporte eine höhere Zahl von Übergriffen auf. Von den Teilnehmern des ersten Transports vernahmen die Briten, sie seien am 20. Februar nachts kurzfristig von der Ausweisung in Kenntnis gesetzt worden. Auf dem Weg zur Sammelstelle habe man sie geschlagen und zum Teil ausgeplündert. Auf der Fahrt hätten sie von den Polen keine Verpflegung erhalten, obwohl nach den polnisch-britischen Vereinbarungen für je acht Personen die Zuteilung eines Brotlaibs von drei Pfund vorgesehen war.⁴⁷ Aufgrund der Beschwerden der Briten waren die Polen offensichtlich bemüht, solche Vorfälle bei den weiteren Transporten zu verhindern.

Nicht einhalten konnten die Polen die von ihnen eingegangene Verpflichtung, jeden Waggon mit einem Ofen und entsprechendem Heizöl auszustatten. Bei dem in Mariental am 24. März eintreffenden Zug Nr. 50 hatten z. B. 40 der 50 Waggons keinen solchen Ofen.⁴⁸ Mit dem Fortschreiten der Jahreszeit verlor dieser Sachverhalt allerdings immer mehr an Bedeutung. Daß die Briten aber deswegen nicht weiter auf das Vorhandensein von Öfen bestanden, erwies sich als folgeschwer, als im Winter 1946/47 weitere Transporte stattfanden. Der Zug Nr. 514, der Einwohner aus Breslau/Wrocław und Umgebung transportierte, begann seine Fahrt am 17. Dezember 1946 bei Temperaturen von 15 bis 20 Grad unter Null und erreichte Bückeburg am 23. Dezember. Auf der Fahrt waren 32 Personen verstorben. Etwa die gleiche Zahl erlag aufgrund der Strapazen der Fahrt kurz darauf nach ihrer Einlieferung in die Krankenhäuser. Viele Vertriebene hatten Erfrierungen und andere gesundheitliche Schäden erlitten.⁴⁹ Dieser Sachverhalt fand am 3. und 7. Januar 1947 seinen Niederschlag in Berichten in der Hannoverschen Presse, am 25. Januar 1947 in „Der Spiegel“ und am 15. Februar 1947 in der englischen Illustrierten „Picture Post“.

In anderen Fällen beschwerten sich die Briten erfolgreicher, so Oberst Carroll, bei den Polen, als z. B. ein Zug überbelegt mit 1927 Personen eintraf. Die Berichte über die Durchführung der Transporte fanden auch in England ein

44 Desgl.

45 PRO, FO 1052 Nr. 474.

46 PRO, FO 1052 Nr. 470.

47 Desgl.

48 PRO, FO 1052 Nr. 323.

49 Reinhard Huck, Zug Nr. 514. Vertriebenen-Transport von Breslau nach Bückeburg, 1997, 2003.

Presseecho. Am 24. April 1946 richtete der Abgeordnete der Labour-Partei für Ipswich, M. E. Stokes, im Unterhaus eine parlamentarische Anfrage an die Regierung. In Kunzendorf/Drogosław seien 500 Deutsche nach einer Vorankündigung von nur zwölf Stunden ausgewiesen worden. Dies sei angesichts der Bedeutung dieses Vorgangs für die Betroffenen nicht human und müsse aufhören.⁵⁰ Der junge polnische Staat war natürlich auf sein außenpolitisches Ansehen bedacht und wollte keine antipolnische Propaganda provozieren.⁵¹ Da die Briten bei ihren Vorstellungen eingeräumt hatten, daß die Aussagen der Vertriebenen vielleicht in dem einen oder anderen Falle übertrieben seien, beschränkte Oberst Dr. J. Prawin, Chief der polnischen (Militär)-Mission in Berlin, seine Stellungnahme auf dieses Zugeständnis und erklärte: „Ich teile Ihren *point of view*.“ Die Wiedergabe der Aussagen im Manchester Guardian sei einseitig. Man wolle aber bei der nächsten Zusammenkunft über diese Fragen reden.⁵² Auch Oberst Bibrowski von der Berliner polnischen Militärmission erklärte, als er sich am 30. April 1946 mit Kenchington traf, die Vorwürfe der Inhumanität seien unbegründet. Kenchington akzeptierte diese Stellungnahme nicht und widersprach. Die Aussagen der Vertriebenen seien überprüft. Dem konnte Bibrowski nur entgegenhalten, die Transporte verliefen doch jetzt zufriedenstellend, wie es die augenblickliche Lage in Polen erlaube. Man solle auch den Blick nicht zurück, sondern in die Zukunft richten.⁵³

Verständlicherweise waren die Briten darauf bedacht, daß durch die Vertriebenen keine Seuchen eingeschleppt wurden. So wurde in Mariental und Alversdorf jeder Ankömmling einer kurzen ärztlichen Kontrolle (*medical inspection*) unterzogen. In den Wintermonaten 1945/46 hatte sich in den Heimatorten der Vertriebenen die Krätze (*scabies*) ausgebreitet, die dort aus Mangel an Medikamenten nicht bekämpft werden konnte. Nach den Feststellungen der Briten war die Zahl der an dieser Hautkrankheit (*skin disease*) Leidenden in den späteren Transporten höher als in den früheren.⁵⁴ Zum zweiten Mal mußte jeder die Entlausung über sich ergehen lassen. Sie wurde von den meisten nicht als so unangenehm empfunden wie in Kohlfurt/Kalawsk, weil vielleicht schon ein gewisser Gewöhnungseffekt eingetreten war. Bei der Ankunft der Züge Nr. 25 bis 55 in der Zeit vom 7. bis 25. März 1946 wurden vier Todesfälle gemeldet; nicht immer waren die Älteren den Strapazen gewachsen.

Den Briten genügten die in den Zügen mitgeführten Namenslisten nicht. Sie waren ihnen zu schlecht geschrieben, und sie kamen mit den polnischen Buchstaben nicht zurecht (*spelt in Polish way*). Bei der Aufnahme der Namen bildeten sich naturgemäß lange Schlangen. Die Briten bemühten sich, schwangere Frauen bevorzugt zu behandeln. Zur Unterhaltung der Wartenden hatten sie auch ein Grammophon aufgetrieben.⁵⁵

Wenn die Briten in ihrer Zone eine solch hohe Zahl von Vertriebenen aufzunehmen bereit waren, dann sollten diese sich wenigstens beim Wiederaufbau

50 PRO, FO 1052 Nr. 323.

51 Vgl. Nitschke, Vertreibung (wie Anm. 2) S. 199.

52 PRO, FO 1052 Nr. 470.

53 PRO, FO 1052, Nr. 323.

54 PRO, FO 1052 Nr. 470.

55 Desgl.

nach den Zerstörungen des Krieges so viel wie möglich beteiligen. Aus diesem Grunde waren die Briten sehr am gesundheitlichen Befinden der Ankömmlinge interessiert. Da viele Männer sich noch in Kriegsgefangenschaft befanden, war in jedem der Züge, deren Kapazität zwischen 1700 und 1800 Personen schwankte, ihre Zahl relativ gering. Zudem war bei den Frauen der gesundheitliche Zustand sehr viel besser und die Arbeitsfähigkeit sehr viel höher als bei den Männern. Die Zahl der *fit men* betrug bei jedem Zug 120 Männer, bei den ersten Zügen sogar nur 80. Nach einem Report für die Züge Nr. 25 bis 50 für die Zeit vom 7. bis 25. März waren nach dem Start der *Operation Swallow* in Mariental 79 857 Personen angekommen. Über diese findet sich folgende Aufstellung:⁵⁶

Männer	17 272	
Frauen	38 515	
Kinder	24 070	
Männer fit	6 592	unfit 10 680
Frauen fit	19 647	unfit 18 668
Kinder fit	22 538	unfit 1 536

Nach einem Bericht vom 30. April 1946 kamen nicht nur Vertriebene aus den unter polnischer Verwaltung stehenden Gebieten, nach britischem Sprachgebrauch aus Neupolen, in die britische Zone. Auch die Sowjets schickten täglich 3000 Personen.⁵⁷ Es handelte sich offensichtlich um Flüchtlinge und Vertriebene, die im Jahre 1945 in die sowjetische Zone gelangt waren. Am 3. Januar 1946 führte der für das Transportwesen zuständige britische Offizier (*Chief staff officer*) von der *Transport Division* in Bielefeld eine Besichtigung eines in Mariental eingetroffenen Zuges durch. In seinem Bericht vom 16. Januar zeigte er sich sehr beeindruckt.⁵⁸ Der Zug bestand nur aus Personenwaggons und war ins Auge fallend sauber (*spotlessly clean in excellent condition*). Wenn in einem Fenster das Glas fehlte, so war die Öffnung mit einer Sperrholzplatte verschlossen. Kranke und Gebrechliche sowie Mütter mit Kindern hatten jeweils einen eigenen Betreuer. Selbstverständlich stand auch ein Arzt zur Verfügung (*was in attendance*). Kenchington sah in den *supertrains* eine Propaganda der Sowjets. Sie wollten nur demonstrieren, wie human sie die Vertriebenen behandelten.⁵⁹

Ein besonderer Zwischenfall ereignete sich am 31. März 1946 auf der Station Grasleben bei Helmstedt. Bei einem plötzlichen Halt des Zuges stürzte ein Soldat der polnischen Bewachungsmannschaft aus dem Waggon und verunglückte tödlich. Andere Soldaten und mehrere Vertriebene, insgesamt 16 Personen, wurden verletzt und mußten in die umliegenden Krankenhäuser gebracht werden.⁶⁰

Am 31. Mai 1946 fühlten sich einige Vertriebene auf der Station Schöningen südlich von Helmstedt durch die Anwesenheit britischer Soldaten stark genug, ihrem lange unterdrückten Groll auf die Polen freien Lauf zu lassen. Sie beschimpften die polnische Bewachungsmannschaft und wurden gegen sie aggressiv. Als die Polen drohten, von den Waffen, die sie mit sich führten, Gebrauch zu

56 Desgl.

57 PRO, FO 1052 Nr. 323.

58 PRO, FO 1058 Nr. 478.

59 PRO, FO 1052 Nr. 470.

60 PRO, FO 1052 Nr. 323.

machen, schritten die Briten ein und verlangten von den Polen die Herausgabe der Waffen.⁶¹

Die Briten glaubten, feststellen zu können, daß die Vertriebenen Freude über ihre Zukunft in der britischen Zone empfanden.⁶² Wie weit das zutraf, mag dahingestellt bleiben. Immerhin waren sie froh, in der britischen und nicht in der sowjetischen Zone angekommen zu sein.

Mariental hatte eine Aufnahmekapazität von 3500 Personen. Daher war man bemüht, die Vertriebenen möglichst schnell weiterzuleiten. Sie sollten nicht länger als 24 Stunden in Mariental bzw. Alversdorf verbleiben.⁶³ Bei einer Besprechung am 7. Februar 1946 erwartete man für Westfalen in den nächsten sechs Monaten die Ankunft von 200 000 Personen.⁶⁴ Nach einem Bericht vom 29. April 1946 waren bis zum 27. April 70 000 Vertriebene eingetroffen. Vorgesehen war jetzt die Aufnahme von 84 000 Vertriebenen in Nordrhein und von 170 000 in Westfalen, was für Westfalen die Aufnahme der doppelten Anzahl bedeutete. Bei den Besprechungen spielte die verwaltungsmäßige Umgliederung von Schaumburg-Lippe nach Hannover eine gewisse Rolle. Anfang Februar war für diesen Kreis eine Aufnahmekapazität von 29 755 Personen eingeplant. Bis zum 15. Mai 1946 waren aber nur 1338 Vertriebene aufgenommen worden. Demgegenüber hatten andere Kreise bereits das Limit ihrer Aufnahmekapazität erreicht.⁶⁵ So dürfte, als gerade der Oberkreisdirektor Bückeburg am 23. 12. 1946 erklärte, im Einvernehmen mit sämtlichen Bürgermeistern des Kreises müsse er die Aufnahme und Unterbringung weiterer Flüchtlinge ablehnen,⁶⁶ seinem Protest wenig Erfolg beschieden gewesen sein.

Die Bereitstellung der Züge aus den Camps wurde arrangiert von der *Hannover Refugee Organisation* und dem 30. *Corps District* (Hauptquartier in Bünde). Die Züge gingen dann jeweils an nur einen Bestimmungsort. Geleitet wurden sie in vorwiegend ländliche Gebiete, während z. B. größere Städte gewissermaßen als Sperrgebiet (sogenannte *Black Area Towns*) galten.⁶⁷ Dort war zwar der Bedarf an Arbeitskräften am höchsten, der Mangel an Wohnraum aber auch am größten. Als Zielort des ersten Transports mit Vertriebenen aus New Poland, der Mariental verließ, wurde Detmold bestimmt. Der Zug traf dort am 3. März 1946 mit 1507 Personen ein;⁶⁸ auf der Nordroute erreichte der erste Transport Husum am 10. März. Jeder Kreis hatte nach den Anweisungen der Briten ein Aufnahmelager (*Kreis Reception Centre*) einzurichten und ein *Refugee Committee* (Kreisflüchtlingsamt) zu bestellen. Auf dieser lokalen Ebene überließen die Briten die Betreuung der Vertriebenen weitgehend der deutschen Verwaltung und beschränkten sich auf eine allgemeine Aufsicht,⁶⁹ indem ein Offizier an den Ausschusssitzungen des Flüchtlingsbeirats (dieser *boards*) teilnahm. Die Einrich-

61 PRO, FO 1052 Nr. 474.

62 PRO, FO 1052 Nr. 470.

63 Desgl.

64 PRO, FO 1052 Nr. 22.

65 PRO, FO 1052 Nr. 470.

66 Huck, Zug 514 (wie Anm. 49) S. 15.

67 PRO, FO 1052 Nr. 22.

68 PRO, FO 1052 Nr. 470.

69 Nitschke, Die Vertreibung (wie Anm. 2) S. 217.

tung der Auffanglager bereitete einigen Kreisen allerdings große Schwierigkeiten, da ihnen für ein solches Camp kein geeignetes Objekt zur Verfügung stand. So verbanden sich mehrere Kreise zu einer gemeinsamen Nutzung eines entsprechenden Lagers. Das Lager in Siegen war z. B. auch für den Kreis Meschede zuständig. Im Münsterland unterhielten die Kreise Ahaus, Borken und Coesfeld ein gemeinsames Lager in Maria Veen. Das dortige Gebäude war im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts als „Arbeiterkolonie zur Besserung von Trunksüchtigen und Arbeitsscheuen“ eingerichtet worden. Diese sollten durch Arbeit in der Moorkolonisation und in der Urbarmachung des Heubach-Gebietes wieder an eine geregelte Beschäftigung gewöhnt werden. Es bot sich nun zur Aufnahme der Vertriebenen an. Der Kreis Coesfeld richtete allerdings schon bald ein eigenes Kreisdurchgangslager in Lette ein, indem man dort ein früheres RAD-Lager nutzte. Es bestand vom 1. 5. 1946 bis zum 30. 11. 1948.⁷⁰

Im Münsterland waren neben Maria Veen folgende „Hauptentladestationen“ eingerichtet: Rheine (Damloup-Kaserne), Lengerich, Warendorf, Ahlen und Mecklenbeck (ehemaliges RAD-Lager). Sie wurden außer durch Lette (ehemaliges RAD-Lager) durch Ahaus, Tecklenburg, Telgte (ehemaliges RAD-Lager in Klatenberge), Werne und Lüdinghausen entlastet.⁷¹

Am 26. Februar 1946 informierte das Headquarter der Militärregierung (*Military Government, Region Westfalen, Refugee-Branch*) die deutschen Stellen, die Britische Zone habe innerhalb der nächsten sechs Monate 1½ Millionen ausgewiesener Deutscher aus Neu-Polen aufzunehmen. Zu dieser Zeit bestand das am 23. August 1946 gegründete Land Nordrhein-Westfalen noch nicht. Die höchste staatliche Instanz bildete unter dem Oberpräsidenten Amelunxen die Provinz Westfalen. Für diesen Amtsbereich wurden folgende Aufnahmezahlen avisiert:

Regierungsbezirk Münster	67 000
Regierungsbezirk Arnsberg	80 000
Regierungsbezirk Minden	44 000
Lippe und Schaumburg-Lippe	9 000

In Zusammenarbeit mit der *Housing Branch* sollten die Regierungsbezirke den Kreisen die aufzunehmenden Ausgewiesenen zuweisen. Als Berechnungsgrundlage war die „Bevölkerungs-Dichte von qm per Person“ vorgesehen.⁷²

Während bis zu diesem Zeitpunkt die Organisation der Transporte ausschließlich in der Hand der Briten gelegen hatte, überließen sie in Maria Veen die weitere Verteilung dem Landrat bzw. dem Flüchtlingskomitee und beschränkten sich auf die Oberaufsicht des zuständigen Kreisoffiziers. Für die Unterbringung in den Gemeinden waren dann die deutschen Gemeindeverwaltungen allein verantwortlich. Es gibt wohl wenige Verwaltungsentscheidungen, die so wie jene der Flüchtlingskomitees für das weitere Lebensschicksal so vieler Betroffener hinsichtlich ihres Wohnortes von solch großer Bedeutung waren. Es ist bemerkenswert, daß die Komitees darauf achteten, daß die Geschlossenheit der frühe-

70 Freundliche Auskunft des Kreisarchivs Coesfeld mit Hinweis auf Bestand 14 Nr. 189 und Bestand 4 Nr. 35.

71 Barbara und Harald *Dierig*, Ankunft und Aufnahme in Münster und dem Umland, in: Neuanfang in Münster. Eingliederung von Flüchtlingen und Vertriebenen in Münster von 1945 bis heute, hg. von der Gesellschaft für Ostdeutsche Kulturarbeit, Münster 1996, S. 31.

72 So abgedruckt bei *Dierig*, Ankunft und Aufnahme (wie Anm. 71) S. 32 mit Bezug auf Stadtarchiv Telgte C 3109, III.2. K 8.

ren Dorfgemeinschaften gewahrt blieb, die doch drei verschiedene Lager durchlaufen hatten und dadurch vielfach der Gefahr ausgesetzt waren, aufgelöst zu werden.

Schon seit dem Sommer 1945 hatten Heimatlose in den Gemeinden des Münsterlandes aufgenommen werden müssen. Es handelte sich in der Regel um Flüchtlinge im eigentlichen Wortsinn aus West- und Ostpreußen oder Pommern und Oberschlesien, die vor der anrückenden Roten Armee aus ihren Wohnorten geflüchtet und nach Kriegsende nicht in diese zurückgekehrt waren. Sie hatten bei Verwandten und Bekannten oder auf eine sonstige Art und Weise im Münsterland Zuflucht gesucht. Sie waren ohne Lenkung der Behörden, ohne einen Sammeltransport in die jeweiligen Amtsbezirke gekommen. Viele Flüchtlinge hatten zudem bei ihrer Flucht in den Westen zunächst in der sowjetischen Zone Station gemacht. Eines der Motive war, daß sie für den Fall einer möglichen Rückkehr von ihren früheren Wohnorten nicht zu weit entfernt sein wollten. Die sowjetische Zone war dadurch mit Flüchtlingen überlastet. Aufgrund einer Vereinbarung zwischen Briten und Sowjets erklärten sich erstere bereit, ein gewisses Kontingent dieser Flüchtlinge zu übernehmen. So waren im Jahre 1945 28 000 Personen in den Regierungsbezirk Münster gelangt.⁷³ Der Amtsbürgermeister des Amtes Gescher berichtete dem Landrat, am 24. Dezember 1945 sei ein Sonderzug mit 1000 Ostflüchtlingsen (nach einem späteren Bericht 904) im Amt eingetroffen. Sie seien zunächst in Gemeinschaftsquartieren, später in Einzelquartieren untergebracht worden. Auf andere Ämter seien 375 Personen (später 300) verteilt worden.⁷⁴ Der Landrat des Kreises Coesfeld teilte am 16. Januar 1946 mit, der Kreis habe bisher 8117 Evakuierte und Ostflüchtlinge übernommen.⁷⁵ Das Eintreffen der Vertriebenen im Jahre 1946 vollzog sich demgegenüber in einer anderen Größenordnung.

Die Briten hatten angeordnet, daß die Bürgermeister der Gemeinden einige Wochen vorher über die Zahl der aufzunehmenden Vertriebenen und mindestens 24 Stunden vorher von ihrem tatsächlichen Eintreffen zu informieren waren.⁷⁶ Am 30. Januar 1946 hatten die Bischöfe von Köln, Trier, Paderborn und Münster in einem gemeinsamen Hirtenbrief auf die zu erwartenden Vertriebenen hingewiesen und zur Hilfe für diese aufgefordert.⁷⁷ Dieser Appell darf für die Aufnahmebereitschaft nicht unterschätzt werden. Nichtsdestoweniger war es nicht selbstverständlich, daß die Angesprochenen zur Aufnahme von Vertriebenen bereit waren. Daß die Gastgeber beim Abholen der ihnen zugeteilten Familie registrierten, wieviel Arbeitskräfte ihnen zur Verfügung stehen würden, ist verständlich. In manchen Fällen vollzog sich dieser Vorgang nicht ohne Probleme. Am 23. März 1946 informierte der Amtsbürgermeister des Amtes Osterwick darüber, daß am Vortag eine Verfügung des Landrats (Weiskirch) eingegangen sei, wonach nach einer Mitteilung des englischen Capt. Godrich (1947 Major) von der hiesigen Militärregierung (Kreis-Residenz-Offizier) in einer Gemeinde des Kreises Coesfeld Flüchtlinge angekommen seien, die spät am Abend

73 Verfügung des Landrats des Kreises Münster vom 23. Oktober 1945, bei *Dierich*, Ankunft wie (Anm. 71) S. 30 mit Bezug auf Stadtarchiv Telgte.

74 Staatsarchiv Münster, Kreis Coesfeld Nr. 948.

75 Desgl.

76 PRO, FO 1052 Nr. 470.

77 Archiv der Erzdiözese Köln, Flüchtlingsseelsorge: Sign. CR II 25.50 b 5.

noch auf der Straße gestanden und nicht gewußt hätten, wohin sie sollten. Kein Mensch habe sich angeblich um sie gekümmert. Die vorgesehenen Quartiergeber hätten sich geweigert, ihrer Aufnahmepflicht zu genügen. Solche Vorkommnisse seien nicht zu dulden. Er werde in Übereinstimmung mit der Militärregierung gegen solche Quartiergeber vorgehen. Godrich habe angedroht, im Wiederholungsfall die Betroffenen festzunehmen. Sie würden auf unbestimmte Zeit zum Flüchtlingslager Maria Veen gebracht, damit sie dort aus eigener Anschauung lernten, wie groß das Elend der ankommenden Menschen sei.⁷⁸ Eine entsprechende Bestrafung durch den britischen Gouverneur, Oberst Spottiswoode, drohte auch Regierungspräsident Hackethal am 6. Juni 1946 für den Fall der Aufnahmeverweigerung an.⁷⁹ Solche Androhungen brauchten allerdings nicht realisiert zu werden. Der Empfang der Vertriebenen auf den Höfen war nicht abweisend und nicht unfreundlich, aber distanziert. Daß er nicht herzlich sein konnte, war naheliegend.

Die aufnahmepflichtigen Gemeinden richteten sich bei der Unterbringung nach den Erfahrungen, die sie bei der Aufnahme der Bombengeschädigten während der letzten Kriegsmonate gemacht hatten. Das bedeutete in den Dörfern die Unterbringung auf den Bauernhöfen, wobei die größeren zunächst berücksichtigt wurden. Anders als später eintreffenden Vertriebenen blieb damit den mit der *Operation Swallow* Eintreffenden das Wohnen in Baracken und ähnlichen Behelfsheimen oder gar in Lagern erspart, für die in seiner bekanntesten Form der Name Espelkamp steht. Auf den Höfen hatten die Vertriebenen die wohl größten Einschränkungen hinsichtlich des Wohnkomforts hinzunehmen. Vielfach mußten sie sich mit nicht heizbaren Räumen, oft mit den früher für Knechte und Mägde bestimmten Kammern auf der Diele über dem Pferdestall, zufrieden geben. Was die Vertriebenen zu erwarten hatten, drückte der Regierungspräsident Hackethal in einer Verfügung an die Landräte vom 16. Juli 1946 aus: Er halte es im Interesse einer gerechten Verteilung des vorhandenen Wohnraums keineswegs für vertretbar, daß einer Familie außer dem Wohnraum auch noch eine sogenannte „Gute Stube“ zur Verfügung stehe.⁸⁰ Pessimistisch schätzte der Amtsbürgermeister des Amts Osterwick zunächst die Aufnahmemöglichkeiten ein. Es sei unmöglich, allen Flüchtlingen ein Bett zur Verfügung zu stellen. Unter Umständen müsse ein gutes Strohlager in einem zum Wohnen geeigneten Raum genügen.⁸¹ Diese Befürchtungen erwiesen sich allerdings als unberechtigt. Im Gegensatz zu den bescheidenen Wohnverhältnissen brauchten die meisten der in der Aktion „Swallow“ ins Münsterland gelangten Vertriebenen aber in den ersten Nachkriegsjahren nicht wie viele ihrer Landsleute und wie auch viele der nach ihnen in den Westen gelangten Vertriebenen zu hungern. Sie aßen zwar an getrennten Tischen, erhielten aber in der Regel die gleiche Kost wie ihre Gastgeber und deren Familienangehörige und die übrigen Hausgenossen. Schon die Bischöfe hatten ja in ihrem Hirtenbrief ihre Gläubigen aufgefordert, in Erfüllung des Gebots Christi denen, die heimatlos geworden seien, nicht nur ein gastliches Dach zu bieten, sondern

78 Kommunalarchiv Rosendahl (nach Martin Holz, Privatbesitz).

79 Mitgeteilt von Dierig (wie Anm. 71) S. 36.

80 Dierig (wie Anm. 72) S. 36.

81 Kommunalarchiv Rosendahl (Materialsammlung von Martin Holz und Ludger Berning).

auch den Tisch zu teilen. Erwartet wurde von den Aufgenommenen die Mitarbeit auf dem Hof. Dafür erhielten sie keine Bezahlung. Bis zur Währungsreform spielte das aber keine große Rolle. Die Gewährung des Essens wurde als ein genügendes Äquivalent angesehen. Wichtiger als Geld war ja der vom Amt ausgestellte Bezugschein. Diese Situation der Vertriebenen bot zwar in dieser Form keine Lebensperspektive, ermöglichte aber die Überbrückung der schweren Hungerjahre.

Was das Jahr 1946 für die Gemeinden des Münsterlands bedeutete, geht aus einer Mitteilung des Amtsbürgermeisters des Amts Ostwick hervor. Die auf Anordnung der Militärregierung durch den Landrat dem Amtsbezirk Ostwick zugewiesenen 1700 Ostflüchtlinge seien eingetroffen.⁸² Wie stark dadurch die Einwohnerzahlen in den drei Gemeinden des Amts Ostwick anstiegen, zeigt folgende Aufstellung, die in Relation auf alle Dörfer des Münsterlands übertragen werden kann:⁸³

	Holtwick	Ostwick	Darfeld
1939	1626	2482	1798
1946 Okt.	2197	3548	2598
1950	2225	3511	2588

Im Jahre 1946 war also jeder vierte Einwohner in diesen drei Dörfern ein Flüchtling bzw. Vertriebener. Von 1946 bis 1950 stieg dagegen die Einwohnerzahl kaum noch an bzw. ging sogar wohl durch Abwanderung leicht zurück.

Ein größeres Kontingent von Flüchtlingen und Vertriebenen war schließlich in den Jahren 1949/50 in Nordrhein-Westfalen aufzunehmen. Da Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern am Kriegsende und in der Nachkriegszeit am stärksten belastet worden waren, einigten sich die Bundesländer auf einen Ausgleich. Auf freiwilliger Basis kamen somit 79 193 Umsiedler nach Nordrhein-Westfalen.⁸⁴ Sie gelangten aber kaum in die Dörfer. Ihr Interesse war vielmehr auf einen Arbeitsplatz gerichtet, der eher in den Städten zu finden war.

Die Städte waren, wie erwähnt, wegen der Zerstörungen des Bombenkrieges von der *Operation Swallow* überhaupt nicht betroffen. In den Lageberichten, die z. B. die Bürgermeister von Coesfeld und Dülmen an den Landrat zu liefern hatten, tauchte für das Jahr 1946 das Stichwort „Flüchtlinge“ gar nicht auf.⁸⁵ Anders sah es in der Stadt Münster aus. Obwohl auch für sie ein Zuzugsverbot galt, wies die Einwohnerstatistik vom 31. 12. 1946 eine Zahl von 3644 Flüchtlingen auf. Hunderte von ehemaligen Kriegsgefangenen, die nach ihrer Entlassung zunächst nach Münster gelangt waren, konnten ja nicht in ihre Heimat jenseits der Oder-Neiße zurückkehren oder wollten nicht in die sowjetische Zone. Viele der ehemaligen Soldaten meldeten sich zur Trümmerräumung und erhielten dadurch ein Aufenthaltsrecht ebenso wie diejenigen, die für die vielen in Münster befindlichen britischen Dienststellen arbeiteten. Ihnen folgten bald ihre Angehörigen, obwohl dies nach einem Beschluß des Rats der Stadt Münster vom 25. März 1946 nicht zugelassen war. Schließlich mußten viele Bauarbeiter von

82 Desgl.

83 Stephanie Reekers und Johanna Schulz, Die Bevölkerung in den Gemeinden Westfalens 1818 bis 1950. Dortmund 1952.

84 Volker Ackermann, Brutstätten des Nihilismus? Flüchtlingslager, in: Nordrhein-Westfalen. Ein Land in seiner Geschichte, Münster 1996, S. 139.

85 Staatsarchiv Münster, Kreis Coesfeld Nr. 948.

auswärts angeworben werden. Dieser Personenkreis war durchweg in Baracken am Rande der Stadt untergebracht.⁸⁶

Neben der materiellen Not spielte für die Vertriebenen in ihrer neuen Umgebung wohl der Absturz im sozialen Rang die größte Rolle. Wenn bei den Vertriebenen Ältere verstarben und man der Meinung war, daß ihr Tod doch etwas vorzeitig eingetreten sei, dann sprach man: „Sie starben an gebrochenem Herzen.“ Für die Jüngeren brachte dagegen vielleicht ihre zwangsweise Verpflanzung in den Westen eher eine bessere berufliche Chance.

Persönlicher Erinnerungsbericht über die Zwangsausweisung

Die deutschen Einwohner in unserem Dorf wurden in den frühen Morgenstunden des 18. März 1946 darüber informiert, daß sie sich innerhalb von zwei Stunden mit ihrem Gepäck im Gasthaus des Ortes einzufinden hätten. Der polnische Bürgermeister hatte dort die größte Amtshandlung seines Lebens durchzuführen. Rückendeckung gaben ihm einige Milizionäre, die aber sonst nicht in Erscheinung traten. Es gab kein lautes Wehklagen, keine Proteste, keine Schimpferei. In jedem Haus mußte im Hausflur eine Liste der Hausgenossen ausgehängt werden; so war es für den Bürgermeister wohl nicht schwer, eine Liste der Dorfbewohner zu erstellen. Da ihm nur die Ablieferung einer bestimmten Zahl von Deutschen vorgegeben war, erfaßte er bei dieser Zwangsaussiedlungsaktion nur die Bewohner des Unterdorfs. An der Kapazität des Sammelagers konnte es nicht liegen, da in diesem auch Einwohner aus anderen Dörfern zusammenkamen. So wurde die Dorfgemeinschaft für immer auseinandergerissen, da das Unterdorf ins Münsterland, das Oberdorf in die Gegend um Braunschweig gelangte. Pferd und Wagen standen zum Transport des Gepäcks bereit. Die Dorfbewohner hatten den Weg von etwa 10 km zum Sammelpunkt Mittelwalde/Międzyzlesie zu Fuß zurückzulegen. Die polnische Bevölkerung blieb beim Auszug der Deutschen im Hintergrund. Es gab keine offenen Bekundungen des Mitgefühls, aber auch nicht der Schadenfreude.

In Mittelwalde befand sich auf dem Gelände des Bahnhofs ein Barackenlager, in dem wohl während des letzten Krieges sogenannte Fremdarbeiter untergebracht waren. Vor dem Eintritt in das Lager nahmen einige Polen in Zivil, deren Befugnis durch eine Armbinde zum Ausdruck kam, die Gepäckkontrolle vor. Sie legten die auf dem roten Plakat bekanntgegebenen Bestimmungen nach ihren Vorstellungen aus. Es gab jedoch keine größeren Übergriffe. Generell war nach dem Plakat die Mitnahme von deutschem Geld erlaubt. Erst später wurde der Höchstbetrag auf 500 RM, noch später auf 1000 RM begrenzt. Das Lager war stark belegt mit Einwohnern aus benachbarten Dörfern. Es war nicht mit einem Stacheldraht umgeben. Man hätte sich heimlich davonstehlen können. Von dieser Möglichkeit machte aber niemand Gebrauch. Eine Rückkehr in das Heimatdorf war ja ausgeschlossen. Der Aufenthalt in den Baracken mit der unerfreulichen Lageratmosphäre dauerte glücklicherweise nur wenige Stunden.

Am Nachmittag wurde ein Güterzug mit etwa 50 Waggons bereitgestellt. Unser Zug führte die Nummer 45. Aus der Anzahl der durchgeführten Transporte

86 Dierig (wie Anm. 71) S. 40.

ergibt sich die Nummer des letzten Zuges des Jahres 1946: 514. Im Gegensatz zu anderen Transporten wurde niemandem ein bestimmter Waggon zugewiesen. Man hatte die freie Wahl. Dabei war jede Dorfgemeinschaft bemüht zusammenzubleiben. Gegen 17 Uhr setzte sich dann der Zug in Bewegung. Trotz der frühen Jahreszeit – es war ja noch März – konnte die Waggontür tagsüber ständig geöffnet gehalten werden. Da der Zug bei seiner Länge sehr langsam fuhr und die Strecke von Mittelwalde/Międzyzlesie aus einige Windungen macht, kamen bei der Abfahrt als Abschiedsgruß immer wieder die Doppeltürme der Neundorfer/Nowa Wieś Kirche in den Blick. Man kann sich die Gefühle aller vorstellen. Kaum jemand wagte es auszusprechen, daß der Abschied endgültig sein könnte. Da die Zwangsevakuiierung ein so ungeheurer, alle Erlebnishorizonte übersteigender Vorgang war, trug gegen alle Vernunftgründe mehr die Hoffnung als die Einsicht zur allgemeinen Meinung bei, daß man in kürzerer Zeit würde zurückkehren können. In dieser Stimmung, die nach Erreichen der britischen Zone natürlich noch stärker wurde, schwang aber auch ein Gefühl der Erleichterung mit, daß man dem Zustand der Rechtlosigkeit und der Angst vor Übergriffen, mit dem man monatelang konfrontiert gewesen war, nun in gewisser Weise entzogen war.

Aufgrund der geographischen Gegebenheiten der Grafschaft Glatz/Ziemia Kłodzka mußte der Zug zunächst in Richtung Osten fahren. Trotzdem stellten alle sich die bange Frage: „Geht die Fahrt nach Sibirien?“ Erst als man am anderen Morgen in der Frühe die Waggontür wieder öffnete, konnte anhand des Stands der Sonne mit Erleichterung festgestellt werden, daß der Zug seine Richtung, anscheinend am Rande von Breslau/Wrocław, geändert hatte und nun in Richtung Westen fuhr. Aufgrund der Zerstörungen an Brücken und Gleisanlagen kam es immer wieder zu längeren Aufenthalten. Meist wurden die Züge während dieser Zeit auf Nebengleisen abgestellt.

Den Kindern machte es wenig aus, daß sie eine Woche lang nicht aus den Kleidern kamen und so gut wie keine Gelegenheit hatten, sich zu waschen. Auf den Bahnhöfen waren die Wasserhähne, wenn einer entdeckt wurde, sofort umlagert. Ich kann mich aber nicht erinnern, daß wir auf der Fahrt hungern mußten. Einerseits waren ja alle mit einem gewissen Proviant versorgt. Einige Male wurden wir von den Polen, wenn auch sehr unregelmäßig, gepflegt.

Großen Eindruck, besonders auf uns Kinder, machte es, als wir in Kohlfurt/Kalawsk englische Uniformen sahen. Die polnische Wachmannschaft, deren Offizier zugleich Zugführer war, trat bei uns so gut wie nicht in Erscheinung. Sie verhinderte aber doch in einer gewissen Weise Überfälle von Banden, unter denen noch 1945 ähnliche Transporte zu leiden gehabt hatten.

Der Aufenthalt der Züge in Kohlfurt/Kalawsk sollte im Durchschnitt nicht länger als drei Stunden dauern. Die Vertriebenen hatten die Waggonen zu verlassen und wurden auf dem Bahnsteig in Zweierreihen von den britischen Soldaten, deren Anwesenheit wohlwollend registriert wurde, gezählt. Ebenfalls auf dem Bahnsteig wurden sie dann einer Prozedur unterworfen, die allen Betroffenen in unangenehmer Erinnerung geblieben sein wird, der Entlausung. Jedem wurde mit einem einem Staubsauger ähnlichen Gerät in fünf Stößen zunächst in die Haare, dann unter das Hemd auf die Haut vorne und hinten ein graues Pulver, DDT, geblasen. In den 50er Jahren erschien im Magazin „Readers Digest“ ein Artikel, der übertreibend wissen wollte, daß die Alliierten durch den Besitz von

DDT den letzten Krieg gewonnen hätten. Zu dieser Zeit war man noch nicht dafür sensibilisiert, daß DDT nicht nur wirksam Ungeziefer wie Läuse bekämpft, sondern auch für Mensch und Natur äußerst schädlich ist. In einem Bericht der *Medical Inspection* zeigte sich diese nur mit der Wirksamkeit der alten Handpumpe unzufrieden. Die neue Pumpe mit einem mechanischem Antrieb (*mechanical pressure*) sei aber hundertprozentig effektiv.⁸⁷

Die Fahrt durch die sowjetische Zone verlief bei unserem Transport ohne Zwischenfälle mit Ausnahme ihres Endes. Nach der Abfahrt aus Magdeburg hielt der Zug nach relativ kurzer Fahrt an der Grenze in Marienborn. Hier stellte man zunächst fest, daß bei Wagen Nr. 4 die Räder heißgelaufen waren. Man konnte den Waggon aus der Reihe nicht ausgliedern. Zu seiner Entlastung mußten aber die Insassen aussteigen. Man hätte sie ohne weiteres auf die übrigen Waggonen aufteilen können. Dies geschah aber aus unerfindlichen Gründen nicht, obwohl der Zug nur noch eine kurze Strecke zurückzulegen hatte. Vielleicht lag es daran, daß die Briten sehr darauf drängten, daß die Waggonen nicht überbelegt eintrafen. Der polnische Zugführer wollte wohl keinen Anlaß für eine Beschwerde liefern.

Die Russen verzichteten nicht auf eine letzte Kontrolle. So wurde auch bei unserem Waggon die Waggontür aufgezo-gen, ein russischer Soldat leuchtete mit einer Taschenlampe über die im Dunkel befindlichen Insassen, verschwand aber zu aller Erleichterung wieder. Unerwartet setzte sich der Zug dann ohne Signal wieder in Bewegung. Er fuhr an den am Rande des Bahndamms stehenden unglücklichen Insassen von Waggon Nr. 4 vorbei. Obwohl sie jämmerlich schrien, konnte niemand etwas für sie tun. Anscheinend waren nicht alle Russen mit der Weiterfahrt des Zuges einverstanden, und sie schossen mit ihren Maschinenpistolen wie wild in die Luft. Als bei der Weiterfahrt des Zuges nach einer kurzen Weile Stille eintrat, konnten wir ein anderes Bild beobachten: In der Nacht waren die Lichter von Autos, wahrscheinlich Jeeps, zu sehen, die scheinbar wirt durcheinander zu einem Ziel eilten. Die Briten waren offensichtlich durch die Schießerei alarmiert worden.

Die Fahrt mit diesem Zug war nun nach der Ankunft in Alversdorf zu Ende. Der Zug diente bei der Rückfahrt dem Transport der Eagles, der Rückkehr der in Westdeutschland befindlichen polnischen Zwangsarbeiter.

Am Nachmittag des 21. März '46 – es war ein Donnerstag – wurde für den Weitertransport von Nr. 45 in Alversdorf ein neuer Zug bereitgestellt. Er bestand zur Hälfte aus Personenwaggonen, zur Hälfte aus Güterwagen. Erstere waren sehr schnell besetzt. Der Zug fuhr die gesamte Nacht über Hannover, Minden, Osnabrück und Rheine. In Maria Veen traf er am frühen Morgen ein. Es war der 22. März, der Todestag des Kardinals von Galen. Der erste Eindruck vom Münsterland war nicht sehr einladend. Es war naßkalt. Es trug nicht zum Wohlfinden bei, daß die Ankömmlinge zum großen Teil aus dem Schlaf aufgeschreckt worden waren. Sie hatten sich zu Fuß zum etwa 1 km entfernten Gebäude der Arbeiterkolonie zu begeben. Es war ein im preußischen Baustil der Jahrhundertwende erbautes Gebäude aus rotem Backstein mit der anheimelnden Atmosphäre einer Kaserne. Diese wurde durch die Tatsache, daß man sich in der Masse befand, nicht freundlicher. Das Gebäude war nämlich schon stark belegt.

87 PRO, FO 1052 Nr. 470.

Die kleineren Räume, die noch am ehesten den Rest des Privaten besaßen, waren bereits alle besetzt. So blieb für die Neuankömmlinge nur der große zentrale Saal, auch hier also nicht einer der bevorzugten Plätze am Rande.

Am Sonntag, dem 24. März 1946, wurde gegen Mittag unsere Gruppe ohne vorherige große Ankündigung aufgefordert, sich mit Gepäck wieder zum Bahnhof in Maria Veen zu begeben. Dort stand eine Lokomotive mit zwei Güterwagen bereit. Diese waren gerade ausreichend zum Transport unserer Dorfgemeinschaft, die trotz des Durchlaufens von drei Lagern nicht getrennt worden war. Dies war kein Zufall, sondern offensichtlich Prinzip bei der Aufteilung der Vertriebenen, und galt auch für die Angehörigen anderer Dörfer. So erhielt jedes Dorf der Aufnahmegemeinden zu einem gewissen Prozentsatz den Kern der Einwohner eines früheren ostdeutschen Dorfes. Für die Vertriebenen war dieses Zusammenbleiben zweifelsohne hilfreich für die ersten Jahre in ihrer neuen Heimat. In der Schule erschien dann bald der Bürgermeister mit seinem Vertreter. In der Hand hielt er die Liste, auf der verzeichnet war, welchem Bauern die Aufnahme von „Flüchtlingsen“ zuzumuten war bzw. wer dazu bereit war. Man kann sich leicht vorstellen, daß niemand über eine solche Einquartierung erfreut war. Gerade erst waren die Evakuierten aus dem Ruhrgebiet, die in den letzten Kriegsmonaten wegen des Bombenkriegs Zuflucht auf den Dörfern gesucht hatten, in ihre Heimatorte zurückgekehrt. Doch nur einer der vorgesehenen Gastgeber sperrte sich gegen die Aufnahme von Flüchtlingen.

Die Möglichkeit, auf dem Hof, auf dem man untergebracht war, mitzuarbeiten und dafür auch an der Verpflegung teilzuhaben, sicherte den Neuankömmlingen wenigstens das Existenzminimum in den ersten Nachkriegsjahren. In unserer Gruppe gab es vor der Währungsreform nur eine Familie, die auf die Verpflegung verzichtete, dafür aber die Mitarbeit auf dem Hof einstellte.